

Investitionssicherheit im Stromnetzausbau

Der **Koalitionsvertrag**, das neue **Netzpaket** und der **Energiewende-Monitoringbericht** richten den Fokus zu Recht auf Effizienz und Gesamtkosten des Energiesystems. Gleichzeitig gefährden Überlegungen zu weniger Netzausbau oder zu Umplanungen einzelner Projekte die Investitionsbereitschaft und belasten die gesamte Lieferkette.

Planungs- und Investitionssicherheit bleiben zentrale Voraussetzungen für die Investitionsbereitschaft von Kabel-Industrie sowie Freileitungsbaufirmen und Kabelbau, um Kapazitäten auszubauen und Engpässe zu vermeiden. Mit dem **Bundesbedarfsplangesetz** und dem entsprechendem Netzentwicklungsplan sowie den massiven Ausbauzielen hat der Gesetzgeber einen **klaren Rahmen für den Ausbau der Übertragungsnetze** geschaffen. Explizit auf dieser Grundlage haben sowohl die Kabelindustrie Milliarden in Werke investiert, neue Linien errichtet und Personal qualifiziert als auch die Leitungsbaufirmen in die Anschaffung von Maschinen und die Entwicklung von Personal investiert. Darüber hinaus wurde der Erdkabelvorrang als **klares industriepolitisches Signal** für entsprechende Nachfrage verstanden. Politische Klarheit erwarten auch die Netzbetreiber. Ansonsten wird die Investitionsbereitschaft in den Standort Deutschland noch weiter sinken.

Unsere Positionen

- **Ambitionsniveau darf nicht gesenkt werden.** Eine Reduktion des Netzausbaus auf Basis kurzfristig schwankender Stromverbrauchsprognosen gefährdet Wirtschaftswachstum und Versorgungssicherheit. Die Risiken einer zu zögerlichen Netzanpassung sind historisch höher als die einer frühzeitigen.
- **Bedarf realistisch bewerten.** Der Strombedarf steigt langfristig durch Elektrifizierung (Industrie, Wärme, Mobilität), Rechenzentren und den Aufbau der Wasserstoffwirtschaft. Kurzfristige Trends dürfen strukturelle Entwicklungen nicht überdecken. Die Bedarfsannahmen im Energiewende-Monitoringbericht 2030 und den Netzentwicklungsplan-Zeithorizonten 2037/2045 sind **nicht konsistent**. Für 2030 liegt der erwartete Strombedarf **unterhalb** der späteren Bedarfsbandbreiten – ein Hinweis auf strukturelle Unterbewertung
- **Politische Stabilität sichert getätigte Investitionen.** Richtungswechsel im Netzausbau erzeugen Unsicherheit, bremsen Momentum und schwächen den Standort – **unabhängig davon, ob es um Erdkabel oder Freileitungen geht.**
- **Planungssicherheit ist Grundvoraussetzung wirtschaftlicher Investitionen.** Häufige Kurswechsel verhindern Skaleneffekte, erhöhen Kosten, verzögern Kapazitätsausbau und verlängern Lieferzeiten.
- **Redispatch-Kosten durch konsequenten Netzausbau senken.** Verzögerter Ausbau führt zu volkswirtschaftlichen Mehrkosten. Kritische Projekte brauchen klare Priorisierung und verbindliche Zeitpläne.
- **Reduzierte Ausbaupfade oder Umplanungen sind kontraproduktiv.** Sie verteuern die Energiewende und schwächen die industrielle Wertschöpfung.

ZVEI-Forderungen

- Netzausbauziel nicht absenken – verlässliche Ausbaupfade sichern
- **Rechts- und Planungssicherheit gewährleisten – nicht nur für Netzbetreiber, sondern auch Lieferanten von Kabeln und Komponenten und Bauunternehmen**
- **Konsistenz zwischen politischen Ankündigungen, Szenarien und Infrastrukturplanung.** Der Strombedarf in den Jahren 2030, 2040, 2050 darf nicht künstlich kleingerechnet werden – Wirtschaftswachstum, Elektrifizierung und Digitalisierung erfordern robuste Netze. Infrastruktur muss vorangehen.

Kontakt

Sebastian Glatz • Geschäftsführer • Fachverband Kabel und Drähte
Telefon: +49 221 96228-16 • Mobil: +49 162 2662-364 • E-Mail: sebastian.glatz@zvei.org

ZVEI e. V. • Verband der Elektro- und Digitalindustrie • Minoritenstr. 9-11 • 50667 Köln
Lobbyregisternr.: R002101 • EU Transparenzregister ID: 94770746469-09 • www.zvei.org